

Neubrandenburger Linke einigten sich über ihren Runden Tisch:

Den demokratischen Kräften offen

Neubrandenburg (ND-Rathsack). Seit vergangener Sonnabend sitzen in Neubrandenburg linke Parteien und Gruppierungen sowie nahestehende Organisationen an einem Tisch. Im Haus der Parteien hatte sich ein Runder Tisch konstituiert, auf dem Vertreter von „Die Nelken“, PDS, Vereinigte Linke, Jugend des Demokratischen Sozialismus, Marxistische Jugendvereinigung, Antifa, DFD, FDJ und Unabhängiger Frauenverband zunächst die Ge-

schäftsordnung und später inhaltliche Fragen der künftigen Tätigkeit diskutierten. Dabei kam es zu zum Teil recht kontroversen Disputen. So sprach sich die Vereinigte Linke zunächst dafür aus, den Runden Tisch sozusagen als Selbstverständigungsorgan ausschließlich der Linken zu nutzen. Nach gut zweistündiger Beratung einigten sich die Anwesenden dann über das „Wie“ der künftigen Arbeit. In einer einstimmig angenomme-

nen Presseerklärung heißt es dazu: „Dieser Runde Tisch ist offen für alle linken und demokratischen Kräfte, die sich für die ureigensten Menschenrechte, Frieden, Freiheit, Demokratie, soziale Sicherheit, Arbeit und ein gesundes Verhältnis von Mensch, Natur und Umwelt einsetzen.“ Ein linkes Koordinierungsbüro hat seinen Sitz in Neubrandenburg, Haus der Parteien, Friedrich-Engels-Ring 53, Zimmer 512, Telefon 5 96 25 44.

Präsidenten der deutschen Bauernverbände fordern:

Notstandsprogramm für DDR-Landwirte

Helmstedt (ADN/ND). Ein wirksames Notstandsprogramm für die DDR-Landwirtschaft haben die deutschen Bauernverbände nach der Wirtschafts- und Währungsunion von Bonn und Berlin gefordert. Sieben Sofortmaßnahmen sind in einer gemeinsamen Erklärung verankert, die die Präsidenten der entsprechenden Organisationen aus der BRD und der DDR am Sonntag auf einer Tagung bei Helmstedt verabschiedeten. Wie in dem Papier betont wird, hat der Einzug der D-Mark für die in der Landwirtschaft Beschäftigten der DDR zum Teil zu katastrophalen Beeinträchtigungen und zu unsozialen Belastungen geführt.

Wenn die Regierungen die Menschen in den Dörfern nicht im Stich lassen wollen, müsse vor allem die Absatzsituation insbesondere bei Milch, Schweine- und Rindfleisch verbessert werden, heißt es in den Forderungen. Vor dem Hintergrund wachsender Fleischberge und immer voller werdender Getreidesilos regen die Bauernverbände den umgehenden Export der nicht absetzbaren Mengen an. Das sollte im Rahmen der von der Bundesregierung vorgesehenen Hilfen für die RGW-Staaten geschehen. Weitere vorgeschlagene Sofortmaßnahmen beziehen sich auf den Einsatz von Bundesbeamten in Verwaltungseinrichtungen der

DDR, die unverzügliche Freigabe der im Haushalt vorgesehenen Anpassungs- und Überbrückungshilfen sowie die Revision von Unzulänglichkeiten bei der Umstellung der Währungskonten von Genossenschaften. In ihrem Forderungskatalog treten die Präsidenten beider deutschen Bauernverbände, Constantin Freiherr Heereman und Karl Dämmrich, sowie weitere Organisationsvorsitzende auch dafür ein, sozial vertretbare Hilfen jenen LPG-Mitgliedern zu geben, deren Genossenschaften zahlungsunfähig sind. Außerdem müsse das für die Reprivatisierung vorgesehene Förderungsprogramm unverzüglich in Gang gesetzt werden.

Dreitägige Debatte über eine künftige gesamtdeutsche Verfassung

Mehrheit fordert einen Volksentscheid

Potsdam (ADN/ND). Außenpolitische Aspekte einer neuen gesamtdeutschen Verfassung standen am Sonntag in Potsdam zum Abschluß eines rechtspolitischen Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Diskussion. Seit Freitag hatten Politiker vor allem der SPD und Wissenschaftler aus beiden Teilen Deutschlands über Notwendigkeit und Chancen eines neuen Grundgesetzes debattiert. Es sollte an die Stelle des Vereinigungsgebotes für Deutschland die Einigung

Europas setzen, betonte Hans Missewitz, Staatssekretär beim DDR-Außenministerium. Konrad Weiß vom Bündnis 90 warf der SPD Mitschuld daran vor, daß derzeit ohne verfassungsrechtliche Grundlage praktisch alle Entscheidungen möglich sind. Wie das Gros der Teilnehmer wünschte auch er einen Volksentscheid zur Inkraftsetzung der neuen Verfassung. Übereinstimmung herrschte darin, daß das BRD-Grundgesetz das Fundament dieser Verfas-

sung bilden kann. Da sich die deutsche Einheit bald erfülle, würde damit endlich die juristische Fiktion vom Fortbestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 beendet, so Bundesverfassungsrichter a. D. Dr. Helmut Simon. Hannover (ADN/ND). Auf dem Landesparteitag der SPD sprach sich auch Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder für die Aufnahme von Volksentscheiden und Volksbegehren in eine neue Verfassung aus.

PDS-Landesparteitag Mecklenburg-Vorpommern fortgesetzt

Landtagskandidaten stellten sich vor

Rostock (ND-Jordan). In Rostock ist am Sonntag der 1. PDS-Landesparteitag Mecklenburg-Vorpommern fortgesetzt worden, der am 10. Juni an gleicher Stelle begonnen worden war. Aus den drei Nordbezirken trafen sich streitbare und kreative Vertreter vieler Alters- und Berufsgruppen von der Basis. So brach Torsten Streufert von der Arbeitsgemeinschaft Junger Genossen eine Lanze für die Initiativgruppen und brachte von

Anfang an Wind in die Diskussion. Unter anderem stellte er fest, daß die Älteren weit mehr als die Jungen mit ihrer „depressiven Phase“ zu tun hätten, was den Erneuerungsprozeß behindern würde. Hauptinhalt der Beratung war jedoch die Suche nach der Identität zum neuen Land Mecklenburg-Vorpommern. Die Enttäuschung vieler Genossen über die gesellschaftliche Entwicklung sei

zwar verständlich, sagte PDS-Landesvorsitzender Jürgen Zelm, aber es gehe keineswegs darum, Angriffe „mit gleicher Münze zurückzuzahlen“, sondern offen und polemisch mit klarer strategischer Zielstellung die Diskussionen vor den Landtagswahlen im Oktober zu führen. Das Wahlprogramm wurde in fünf Arbeitskreisen diskutiert. Auf dem Parteitag stellten sich auch die Kandidaten für die Landtagswahl vor.

Zöllner fordern Beamtenrecht

Potsdam (ADN). Die baldmögliche Einführung des Beamten- und Personalvertretungsrechts und die Angleichung an das BRD-Besoldungsniveau haben die Zöllner der DDR auf der ersten Hauptversammlung ihrer Gewerkschaft am Sonnabend in Plessow, Kreis Potsdam, gefordert. Zugleich traten sie für sozialverträgliche Lösungen im Zusammenhang mit Strukturveränderungen und personellen Reduzierungen ein. Zum Vorsitzenden der Gewerkschaft der Zöllner (GdZ) wurde Wolfgang Fischer gewählt. Die Delegierten bestätigten den zwischen der GdZ und dem Bund der Deutschen Zollbeamten abgeschlossenen Kooperationsvertrag, der auf eine baldige Fusion der beiden deutschen Zollgewerkschaften abzielt.

Ausgereiste Albaner nun auf ganz Europa verteilt

Berlin/Tirana (ADN/ND). Die Albaner, die über ihre Flucht in ausländische Botschaften in Tirana die Ausreise aus ihrer Heimat erzwangen, sind seit dem Wochenende in ganz Europa verstreut. In der BRD, der Türkei, in Ungarn, Bulgarien, Italien und Polen trafen die Flüchtlinge per Bahn, Flugzeug und Schiff ein. Viele von ihnen wollen aber in die klassischen Einwandererländer USA, Kanada und Australien weiterreisen. Die übergroße Mehrheit von ihnen, etwa 3200, kamen mit Sonderzügen der Deutschen Bundesbahn und wurden in Notaufnahmehäusern der einzelnen Bundesländer untergebracht. Diejenigen von ihnen, die in der Bundesrepublik bleiben wollen,

sollen in 14 Städten der BRD eine neue Heimat finden. Laut Berichten der albanischen Agentur ATA sollen am Freitagabend 100 000 Menschen in Tirana ihre Unterstützung für die Partei der Arbeit Albanien demonstriert haben. Auf der Kundgebung habe ZK-Sekretär Dschamil Gjoni vor den Versammelten weitere Reformen „im Bereich der Staatsmacht und der Parteipolitik“ angekündigt, ohne jedoch Einzelheiten zu nennen. Die Flüchtlinge nannte Gjoni „fehlgeleitete Menschen, die ihr Vaterland im Stich gelassen haben“. Ausländische Feinde des Landes wollten die Probleme ausnutzen, das Leben der Albaner zerstören, ihre Gegenwart und ihre Zukunft auslöschen.

SODI - Neue Organisation mit guter Vergangenheit

Berlin (ND-Jakubowski). Seit gestern gibt es in der DDR eine neue Organisation mit zugleich langer und geschätzter Vergangenheit. Das ist kein Widerspruch, denn der „Solidaritätsdienst international e. V.“ (SODI) ist hervorgegangen aus dem bisherigen Solidaritätskomitee der DDR. Dessen Arbeitsausschuß aus Vertretern von Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, von Religionsgemeinschaften, Berufs- und Künstlerverbänden sowie Einzelpersonlichkeiten hatte diese Veränderung beschlossen und nun in Kraft gesetzt. Als nichtstaatliche, anerkannte und gemeinnützige Organisation, so deren stellvertretender Geschäftsführer Peter Stobinski gegenüber ND, wird SODI es sich auch künftig zur Aufgabe machen, den Menschen in der Dritten Welt zur Seite zu stehen. Auf der Basis freiwilliger Spen-

den werden verschiedene Formen internationaler Hilfeleistungen vor allem mit dem Charakter der Hilfe zur Selbsthilfe organisiert. Dabei geht es um Beiträge zur Überwindung sozialökonomischer Rückständigkeit, von Hunger, Analphabetentum und vermeidbarer Krankheiten. Zu diesen Zwecken unterhält SODI einen Entwicklungshelferdienst in Nicaragua, Jemen, Angola, Simbabwe und Tansania. SODI hat zudem ein „Kinderhilfsprogramm für notleidende Kinder in der Dritten Welt“ unterbreitet. Weitergeführt wird die Katastrophenhilfe gegen Hunger in Angola, Äthiopien, Mosambik, Afghanistan sowie für die Opfer von Erdbeben und Überschwemmungen in China, Peru, Tansania und Sudan. SODI's Spendenkonto (6836-26-444) unterliegt gesellschaftlicher Kontrolle.

Uniformwechsel bei NVA?

Hamburg (Reuter/ND). Die Soldaten der Nationalen Volksarmee der DDR (NVA), die in die gesamtdeutsche Armee übernommen werden, sollen nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ ab dem 1. Januar

1991 mit Bundeswehr-Uniformen ausgestattet werden. Das habe der Staatssekretär im Ostberliner Ministerium für Abrüstung und Verteidigung, Werner Ablaß, in Bonn erfahren, berichtet das Magazin in seiner neuesten Ausgabe.

CSU-Attacke gegen „unbelehrbare Linke“

Von unserem Berichterstatter FRANZ HELLING

Nürnberg. Zu heftigen Attacken gegen jede Form von Sozialismus nutzte der bayerische Ministerpräsident Dr. Max Streibl seine Rede am Sonnabend bei den Schlussberatungen des CSU-Parteitages in Nürnberg. In beiden Teilen Deutschlands gebe es nach wie vor die „gefährliche Sekte der Unbelehrbaren, die ewiggestrigen mit dem linken Strickmuster“. Der Traum von einem humanen Sozialismus bleibe ein Trugbild. Es gebe nur die Entscheidung Freiheit oder Sozialismus.

In einem Dringlichkeitsantrag bezweifelnde der CSU-Parteitag die Anerkennung der Westgrenze

Poens durch den Bundestag als „schmerzlich, aber unvermeidbar“. Wenn jedoch in einem zusammenwachsenden Europa die Grenzen immer mehr an Bedeutung verlore, müsse auch eine Rückkehr der Deutschen in ihre Heimat möglich sein.

CSU-Landesvorsitzender Dr. Theo Waigel hatte zu dem Thema erklärt, ein Nein zur polnischen Westgrenze wäre ein Nein zur deutschen Einheit gewesen. Eine solche Chance wie jetzt gebe es aber in einem Jahrhundert nur einmal und man dürfe sie nicht ungenutzt lassen.

In seiner Funktion als Bundesfinanzminister plädierte er dafür,

die deutsche Einheit so schnell wie möglich zu schaffen. Jeder Tag später koste sehr viel Geld, und er wolle nicht mit immer neuen Forderungen seitens der DDR konfrontiert werden. Kritik übte er auch bezüglich der Abstimmung der „einen oder anderen“ Maßnahme an der DDR-Regierung, wenn gleich im allgemeinen die Zusammenarbeit gut funktioniere.

Nach längerer Debatte forderte der Parteitag der DDR bei der Vereinigung die Übernahme der BRD-Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch und lehnte auch jede Übergangslösung ab.

Rußland bringt keine Regierung zustande

Moskau (ADN). Mit der Bestätigung von sechs neuen Mitgliedern der Regierung und der Leiter staatlicher Komitees der RSFSR ist am Sonnabend in Moskau die erste Tagung des Obersten Sowjets der Russischen Föderation zu Ende gegangen. Als Minister für Außenwirtschaftsbeziehungen der RSFSR wurde der 44-jährige Wirtschaftsrechtswissenschaftler Viktor Jaroschenko bestätigt. Insgesamt konnte auf der Parlamentstagung nur etwa

die Hälfte der 31 Posten der neuen RSFSR-Regierung besetzt werden. Die anderen Kandidaten, darunter für die Posten des Außen- und des Innenministers, kamen in den Kommissionen des Parlaments nicht durch.

Das Parlament verabschiedete ferner ein Dokument, das ausländische Investitionen im Rahmen der Republikgesetzgebung schützen soll. Es beschloß die Bildung von Sonderwirtschaftszonen in der RSFSR.

In einem Presseinterview hat sich der Präsident der RSFSR, Boris Jelzin, am Wochenende für einen Stopp aller sowjetischen Waffenlieferungen nach Afghanistan eingesetzt. Mit einem solchen Schritt sollten sowjetische Soldaten, die sich in der Gewalt der bewaffneten afghanischen Opposition befinden, befreit werden. Er kündigte an, daß der Rüstungsindustrie in der RSFSR Lieferungen nach Afghanistan untersagt werden.



Telefoto: ADN/epo

BRD-Bürger mißtrauen Polit-Beteuerungen

Düsseldorf (ADN/ND). 55 Prozent der BRD-Bevölkerung halten Steuererhöhungen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit für möglich, schreibt das Düsseldorf „Handelsblatt“ unter Berufung auf eine im Auftrag der Wirtschaftsuniere Deutschland (WJD) veranstaltete Emnid-Umfrage. WJD-Vorsitzender Hans-Werner Lindgens schätzte ein, daß die Bundesbürger damit den Beteuerungen der Politiker mißtrauten, der wirtschaftliche Aufschwung in der DDR werde sich selbst tragen und finanzieren. Nur jeder Vierte rechne mit einem neuen Wirtschaftswunder.

Kommunistische Plattform der PDS Sachsen beriet

Dresden (ND-Krauß). Am Wochenende tagte die erste Landeskonferenz Sachsen der Kommunistischen Plattform in der PDS. Diskutiert wurde das Selbstverständnis von Kommunisten in der PDS und die Notwendigkeit der theoretischen Arbeit. Für den Herbst ist eine Konferenz zum Sozialismusverständnis angekündigt. Über die Arbeit in Basisgruppen hinaus sollen Projekte, z. B. Arbeitslosinitiativen, unterstützt und damit ein Beitrag zur breiten Zusammenarbeit der Linken geleistet werden.

Diestel traf mit Honecker zusammen

Berlin (ADN/ND). Der stellvertretende DDR-Ministerpräsident und Innenminister Dr. Peter-Michael Diestel ist am Sonnabend mit dem ehemaligen SED- und Staatschef Honecker in Beelitz zusammengetroffen. Wie ein Sprecher des DDR-Innenministeriums informierte, wurden die Bedingungen der Unterbringung Erich Honeckers erörtert, der gegenwärtig noch immer wohnungslos sei. Ferner hätten polizeiliche Maßnahmen zur Sicherheit der Familie eine Rolle gespielt.

RAF-Mitglied in die BRD überstellt

Karlsruhe (ADN/ND). Die in der DDR festgenommene mutmaßliche Terroristin der Roten Armee Fraktion (RAF), Sigrid Sternebeck, ist auf eigenen Wunsch in die Bundesrepublik überstellt worden. Dies berichtete laut dpa der Sprecher der Generalbundesanwaltschaft am Sonntag in Karlsruhe.

Top-Terrorist Abu Daud bleibt verschwunden

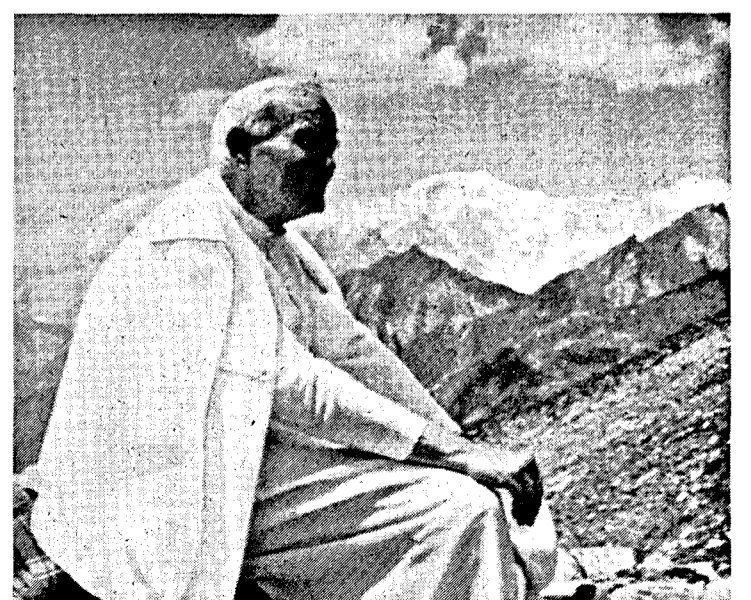
Berlin (ADN/ND). DDR-Kriminalisten fahnden verstärkt nach dem international gesuchten Top-Terroristen Abu Daud, der in das Attentat auf die israelische Olympia-Mannschaft 1972 in München verwickelt gewesen sein soll. Wie ADN aus dem Innenministerium erfuhr, ist über das Ergebnis bisher nichts bekannt. Die „Berliner Morgenpost“ hatte berichtet, daß sich der 52-jährige in Ostberlin aufhalte.

Keine gesamtdeutsche 0,5-Promille-Grenze

Bonn (ADN/ND). Die angebliche Einigung auf eine gesamtdeutsche Promille-Grenze von 0,5 für Autofahrer wurde am Wochenende in Bonn demontiert. Ein Sprecher des Bundesverkehrsministeriums erklärte dazu, die Bundesregierung sehe zur Zeit keinen Anlaß, von der bewährten 0,8-Promille-Regelung abzugeben. Über die angebliche Einigung hatte „Bild am Sonntag“ in einem Beitrag berichtet.

Gerangel in Sofia um Präsidentenam

Sofia (ADN). Die bulgarische „Union Demokratischer Kräfte“ (UDK) hat den 74-jährigen Arzt Petar Dertliow als Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten benannt. Dertliow war nach den letzten freien Wahlen im Jahre 1986 schon einmal Abgeordneter des Parlamentes.



Papst Johannes Paul II. im Sommerurlaub auf dem Plambyri Mountain in den italienischen Alpen: Genießt er nur die Aussicht, oder hält er in luftiger Höhe Zwiesprache mit Gott? Telefoto: ADN/AP

UMSCHAU

Nach dem Rücktritt Petar Mladenows wählt das Parlament voraussichtlich am morgigen Dienstag einen neuen Staatschef. Die Sozialistische Partei hat bisher noch keinen Kandidaten aufgestellt.

Gespräch Meckel-Baker über 2 plus 4

Washington (ADN). DDR-Außenminister Markus Meckel hat am Freitag seinem USA-Amtscollegen James Baker in Washington Vorstellungen über den Abschluß der Zweiphasen-Verhandlungen unterbreitet. Die Ergebnisse könnten nach Meckels Auffassung im November vor dem KSZE-Gipfel von den sechs Staaten signiert und im Januar vom gesamtdeutschen Parlament ratifiziert werden. Zeitgleich wäre der Grenzvertrag mit Polen denkbar, der dem Text der entsprechenden Erklärungen von Volkskammer und Bundestag folgen sollte.

Wie Meckel nach dem Gespräch erklärte, habe sein Gastgeber die Termine als realistisch bewertet. Er persönlich gehe davon aus, daß mit der Ratifizierung auch die alliierten Rechte in und über Deutschland enden. Alle ausländischen Truppen sollten Berlin verlassen.

Assad erstmals seit 13 Jahren in Ägypten

Kairo (ADN). Die bilateralen Beziehungen, die Palästina-Frage, der Libanon-Konflikt und andere aktuelle Probleme des Nahen Ostens waren Gegenstand der Gespräche, zu denen am Wochenende die Staatschefs Ägyptens und Syriens, Hosni Mubarak und Hafez al-Assad, in der ägyptischen Hafenstadt Alexandria zusammengetroffen sind. Der syrische Präsident stattet erstmals seit 13 Jahren Ägypten wieder einen Besuch ab. 1977 war es zwischen Syrien und Ägypten zum Bruch gekommen, nachdem das damalige ägyptische Staatsoberhaupt, Sadat, nach Jerusalem gereist und das Separatabkommen von Camp David vereinbart worden war.

UNO: In Lateinamerika grassiert die Armut

Santiago (ADN). Mehr als 183 der 415 Millionen Lateinamerikaner leben in Armut, geht aus dem jüngsten Bericht der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC) hervor. In Guatemala beispielsweise leben drei Viertel der Bevölkerung in Armut, für Peru wurde der Anteil auf 60 Prozent beziffert. Rund die Hälfte der betroffenen Bewohner Lateinamerikas fristen dabei ein Leben in „extremster Armut“, sie können sich nicht einmal ausreichend ernähren.

SPD für UdSSR-Hilfe, auch gegen USA-Veto

Bonn (ADN). Die Sozialdemokraten haben ihre Forderung nach einer Finanzhilfe für die Sowjetunion erneuert und der Bundesregierung in dieser Frage jede Unterstützung angeboten. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, bezeichnete es als „das urgenteste Interesse“ des Westens, dem Reformkurs in der Sowjetunion weitere Chancen zu geben. Eine eigene Hilfe der Europäer sei gegebenenfalls gegen den Widerstand der USA nicht nur nötig, sondern auch möglich.

Brand in Atomkraftwerk

Washington (ADN). Zu einem Brand ist es in einem Atomkraftwerk im USA-Bundesstaat Michigan gekommen, berichtete AP. Dabei wurden ein Arbeiter getötet und drei weitere verletzt. Nach Angaben der Betreiberfirma des in der Nähe von Bridgman am Michigansee gelegenen Kraftwerks brach der Brand bei Wartungsarbeiten in der elektrischen Anlage außerhalb des Reaktorgebäudes wahrscheinlich durch Kurzschluß aus. Es sei keine Radioaktivität freigesetzt worden.